



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 26. Juli 2005

Bauernfamilien kämpfen um ihre Zukunft

Nach über 2000 km hat der Protestmarsch der Norwegischen Bäuerinnen und Bauern heute sein Ziel erreicht. In Genf überreichten Landwirtschaftsvertreter aus zahlreichen Ländern dem Verantwortlichen des WTO-Agrardossiers eine gemeinsame Deklaration. Darin fordern sie das Recht jedes Landes für die eigene Bevölkerung Nahrungsmittel zu produzieren. Sie betonten, dass bei einer überbordenden Liberalisierung das Überleben der Landwirtschaftsbetriebe in vielen Ländern gefährdet sei.

„In einer Welt, die von Armut und Hunger geprägt ist, muss es das wichtigste Ziel sein, die Nahrungsmittelproduktion in den bäuerlichen Familienbetrieben zu stärken“, unterstrich der Präsident des Schweiz. Bauernverbandes, Hansjörg Walter, bei der Übergabe der gemeinsamen Deklaration der Bauern aus verschiedenen Staaten vor dem WTO-Gebäude. Die Schweiz habe die Grenzen für Importe aus den ärmsten Entwicklungsländern weit geöffnet. „Wir wehren uns aber dagegen, dass wir mit Billigimporten aus Industrieländern überflutet werden“, führte der Chef der Schweizer Landwirte aus.

Agrargüter machen lediglich 10 Prozent des gesamten Welthandels aus. Trotzdem wird in den WTO-Verhandlungen vor allem in diesem Sektor ein forsches Tempo angeschlagen, während sie im Industriegütersektor stagnieren. Damit kann beispielsweise die Schweiz nicht von Exportmöglichkeiten profitieren. Im Landwirtschaftsbereich hingegen sollen den grossen Exporteuren Tür und Tor geöffnet werden. Länder mit weniger begünstigten Agrarflächen müssen ihre Landwirtschaft dem freien Markt aussetzen und damit die Existenz bäuerlicher Familienbetriebe gefährden. Das kann und darf nicht sein, darin waren sich alle anwesenden Landwirtschaftsakteure einig. Vertreter aus verschiedensten Nationen forderten in der gemeinsamen Deklaration von der WTO-Verhandlungsdelegation, die Spielregeln so zu gestalten, dass die verschiedenen Landwirtschaftsformen in der Welt bestehen bleiben. Zudem seien auch nicht handelsbezogene Leistungen der Landwirtschaft, wie die Pflege der Landschaft oder die Belebung des ländlichen Raumes und der Randregionen zu berücksichtigen. Neben einem gemässigten Abbau der Zölle verlangen die Bauern eine unterschiedliche Behandlung von Produkten für den Konsum im Inland und jenen für den Export.

Die Deklaration wird offiziell unterstützt vom Norwegischen Bauernverband und seinen Mitgliedern, vom Schweizerischen Bauernverband und seinen 85 Mitgliedorganisationen von Uniterre und dem Bäuerlichen Zentrum Schweiz sowie den Bauernverbänden der folgenden Länder: Japan, Kenia und weitere.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident SBV, Mobile 079 404 33 92

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Tel. 031 385 36 41, Mobile 079 219 32 33

Sandra Helfenstein, Stv. Leiterin Kommunikation SBV, Tel. 056 462 51 11, Mobile 079 826 89 75

Unterlagen: Sämtliche Unterlagen finden Sie auf www.sbv-usp.ch -> Medien